



Entwicklungsfinanzierung

Schon 1991, als nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch von einer Friedensdividende für die Entwicklungsländer gesprochen wurde, beschloss die Vollversammlung der Vereinten Nationen in einer Resolution die Durchführung einer Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development – FFD). In den folgenden Jahren erhielten dann aber andere Gipfelkonferenzen Priorität. Das kam den meisten Industrieländern entgegen, denn fast alle erhöhten in den 90er Jahren nicht die Entwicklungsleistungen für den Süden einschließlich der Transformationsländer, die mit dem Ende des Sowjetimperiums und dem Auseinanderfallen der Sowjetunion selbst entstanden waren. Die jährlichen öffentlichen Entwicklungstransfers (Official Development Assistance - ODA) der westlichen Industriestaaten (organisiert in der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ – OECD) sanken gar von 60 Mrd. US-Dollar Anfang der 90er Jahre auf derzeit unter 50 Mrd. Dollar. Das entspricht 0,2 Prozent des Sozialprodukts (BIP) der OECD-Länder. 1971 hatten sich diese verpflichtet, 0,7 Prozent ihres BIP für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Die Lücke zu diesem Ziel beträgt also derzeit jährlich rund 125 Mrd. US-Dollar und verdeutlicht die Dringlichkeit der FFD-Konferenz.

Für die US- und andere Industrieländer-Regierungen ist Entwicklungsfinanzierung dennoch kein prioritäres Thema. Denn seit Ende der 80er Jahre sind private ausländische Kapitalanlagen in den Entwicklungsländern stark expandiert und haben die wachsende ODA-Lücke rechnerisch mehr als gefüllt (Tabelle 1). Dadurch ist aber der Finanzbedarf für eine nachhaltige Entwicklung nicht gedeckt. Denn die privaten Kapitaltransfers beschränken sich auf einige wenige Länder und Regionen. Öffentliche Güter (Global Public Goods), für die es per definitionem keinen Markt gibt, sind eher eine Voraussetzung für den Erfolg von Privatinvestitionen, als dass sie von der Privatwirtschaft selbst produziert werden – zumindest nicht ohne öffentliche Finanzierung. Und erst recht wenden sich Privatinvestitionen kaum dem Schutz der „Global Public Goods“ zu – mangels Gewinnerwartungen.

Die UN-Konferenzen zu einzelnen Themen und Sektoren wie der Rio-Gipfel zu Umwelt und Entwicklung, die Menschenrechts-, Weltfrauen- und Weltbevölkerungskonferenzen, der Weltsozialgipfel, die Habitat-Konferenz und der Welternährungsgipfel lieferten sachliche Begründungen des globalen Finanzbedarfs für eine nachhaltige Entwicklung der Entwicklungs- und Transformationsländer sowie für den Erhalt der „Globalen Güter“, zu denen beispielsweise der Schutz des Klimas, der Trinkwasservorräte, der Luft oder der Gesundheit vor Epidemien wie HIV oder Malaria gezählt werden, aber auch der Erhalt von Frieden, die Respektierung der Menschenrechte und die Vermeidung von Finanzkrisen. Es wurde deutlich, dass der Finanzbedarf dafür noch viel höher ist als der Fehlbetrag zum 0,7-Prozentziel.

So erhöhte sich der Druck, die offenen gebliebenen Fragen der Finanzierung in einer Gesamtschau („holistisch“) zu behandeln und die erste UN-Konferenz zu Entwicklungsfinanzierung doch noch zu organisieren. Auch der Ausbruch der Asienkrise im Juli 1997 unterstrich den Handlungsbedarf. Nach mühseligen Verhandlungen verabschiedete die UN-Vollversammlung schließlich am 18. Dezember 1997 eine weitere Resolution, die einen mehrstufigen Vorbereitungsprozess auf das ursprünglich für 2001 vorgesehene „hochrangige zwischenstaatliche Forum über Finanzierung für Entwicklung“ in Gang setzte.

Der Vorbereitungsprozess

Um die Konferenzthemen zu bestimmen, begann das UN-Sekretariat 1998 Konsultationen mit Regierungen, multilateralen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NRO), der Privatwirtschaft und Wissenschaft. Ende 1998 setzte die UN-Vollversammlung eine ad-hoc-Arbeitsgruppe ein, die vor dem Hintergrund der Konsultationen Vorschläge für Themen und das Format der Konferenz erarbeitete. Dabei verhinderten die USA und die Europäische Union (EU) allerdings, dass „innovative Finanzierungsquellen“ ein eigenständiges Thema wurden. Im Zentrum der Forderungen der NROs steht hier die von dem Nobelpreisträger und US-Finanzminister James

Inhalt:

Der Vorbereitungsprozess der UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung	1
Empfehlungen der Zedillo-Kommission	1
Die Konferenzthemen	3
Bewertung	4
Beachtliche Fortschritte	4

Tobin Anfang der 70er Jahre vorgeschlagene Devisentransaktionssteuer („Tobin-Steuer“). Damit wurde der Mobilisierung neuer umfangreicher Finanzmittel durch die Konferenz von vornherein ein Riegel vorgeschoben. Auch die Reform der internationalen „Finanzarchitektur“ sollte nicht als gesondertes Thema behandelt werden. Solche Themen möchten die G7-Staaten (die größten Industrieländer) beim Internationalen Währungsfonds (IWF) belassen, wo sie leicht die Stimmenmehrheit erreichen.

Auf der Grundlage des Berichts der Arbeitsgruppe entschied die UN-Vollversammlung im Dezember 1999 endgültig über das weitere Procedere. Die wichtigsten Veranstaltungen im Jahr 2000 waren: Die erste „Vorbereitungskonferenz“ (PrepCom 1) im Juni 2000 in New York, spezielle Tagungen aller fünf regionalen UN-Wirtschaftskommissionen sowie jeweils zweitägige Hearings mit NROs und Vertretern der Privatwirtschaft. Im Unterschied zu anderen UN-Konferenzen wurde dieses Mal die Privatwirtschaft möglichst weitgehend konsultiert. Von Bedeutung für den Vorbereitungsprozess war auch der UN-Millenniumsgipfel im September 2000 mit seinen sieben Zielen zur Bekämpfung der Armut.

Empfehlungen der Zedillo-Kommission

Für PrepCom2 im Februar 2001 legte der UN-Generalsekretär einen ausführlichen, viel gelobten Bericht vor. Darüber hinaus berief Kofi Annan eine hochrangige Kommission unter Vorsitz des ehemaligen mexikanischen Staatspräsidenten Ernesto Zedillo, der auch einige ehemalige Finanzminister wie der Amerikaner Robert Rubin oder der Franzose Jacques Delors angehörten. Der „Zedillo Bericht“, der am 28. Juni 2001 veröffentlicht wurde, preist einerseits die Errungenschaft der Globalisierung durch marktwirtschaftliche Liberalisierung. Andererseits betont er aber auch die Grenzen

selbst gut funktionierender Märkte und die zunehmende Spaltung der Welt in Besitzende und Habenichtse. Der Bericht entwickelt deshalb eine Reihe von Empfehlungen, wie das „Regierungsdefizit“ (Governance Defizit) im internationalen System abgebaut werden kann. Die wichtigsten Reformvorschläge sind:

- Einrichtung eines „Globalen Rats“, der dem „Wirtschaftlichen Sicherheitsrat“ entspricht, den die „Commission on Global Governance“ als Pendant des politischen Weltsicherheitsrats der Vereinten Nationen entworfen hat.
- Die Entscheidungsprozesse der Welt Handelsorganisation (WTO) sollten zugunsten der Entwicklungsländer reformiert werden.
- Das Internationale Arbeitsamt (ILO) sollte Instrumente zur Durchsetzung der Sozialstandards erhalten. Die Entwicklungsländer ziehen – wenn überhaupt – diesen Weg der Einführung von Sozialstandards bei der WTO vor.
- Die inzwischen vielfältigen internationalen Institutionen des Umweltschutzes sollten zu einer „Globalen Umweltorganisation“ integriert werden.
- Die Gründung einer „Internationalen Steuerorganisation“ sollte geprüft werden. Sie könnte einerseits die Steuersysteme zugunsten „global governance“ harmonisieren und andererseits die Institution werden, die für globale Steuern wie die Tobin-Steuer oder Steuern auf Treibhausgase (CO₂-Steuer) zuständig ist. Der Bericht empfiehlt die Einführung einer CO₂-Steuer und die Möglichkeit einer Devisenumsatzsteuer (CTT) zu prüfen.

– Aus der Erkenntnis, dass die FfD- wie alle vorhergegangenen UN-Konferenzen die Probleme der Globalisierung nicht ausreichend behandelt haben, empfiehlt die Kommission einen Globalisierungsgipfel – ein Vorschlag, der seit dem 11. September 2001 an Bedeutung gewonnen hat.

Einige Reformempfehlungen der Zedillo-Kommission fanden Eingang in den ersten Entwurf des Abschlussdokuments der FfD-Konferenz. Dafür hatte der UN-Generalsekretär den mexikanischen Diplomaten Mauricio Escanero eingesetzt, der die günstigsten Umsetzungsmöglichkeiten vorschlagen sollte. Er legte sein Papier der PrepCom3 Mitte Oktober 2001 vor. Es trägt den schlichten Namen „Outcome“ (Ergebnis). Ein Aktionsprogramm wie bei anderen UN-Konferenzen verhinderten vor allem die USA, die wenig Bedarf für Aktionen im Bereich Finanzierung für Entwicklung und Reform des internationalen „Governance-Systems“ sehen. Fast alle von der Zedillo-Kommission empfohlenen Reformmaßnahmen werden auch von den meisten anderen OECD-Staaten, nicht zuletzt von der EU, abgelehnt.

Über die Schlichtheit der Argumentation empörte sich bei den Verhandlungen auch ein deutscher Delegierter des Auswärtigen Amts. Er erklärte bei einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen am 13. Dezember 2001 in Berlin: „Was der amerikanische Delegierte ... geäußert hat, habe ich in wirtschaftspolitischen Diskussionen der UN noch nie in

dieser Klarheit gehört: Dass man nicht von freier Wirtschaft, von freiem Markt redet, sondern dass wirklich ‘knallhart’ gesagt wird, dass das Wichtigste, womit wir unser Wohlergehen garantieren können, das Prinzip des Kapitalismus ist...“⁽¹⁾

Trotz solcher Differenzen setzten sich die OECD-Staaten bei PrepCom3 durch, die Front der Entwicklungsländer (G77), die es davor zu geben schien, brach ein – auch bei ihnen haben viele Reformvorschläge der Zedillo-Kommission und Forderungen der NROs keine Priorität. Escanero musste sein Papier „glätten“ und er ging dabei so weit, dass bei PrepCom4 vom 14.-25. Januar 2002 das überarbeitete „Outcome“-Dokument den Konsens aller UN-Mitgliedstaaten fand, d.h. es enthielt keine Klammersätze mehr, die Dissens unter den UN-Mitgliedstaaten signalisieren und sonst bei Vorbereitungsdokumenten üblich sind.

Beobachter vermuten, der Grund habe darin gelegen, dass der Konferenz-Veranstalter Mexiko ein starkes Interesse an einer Teilnahme von US-Präsident George W. Bush hatte, und dieser nur bereit war, Mexiko diesen Gefallen zu tun, wenn die Konferenz Positionen verabschieden würde, die auch von den USA mitgetragen werden können.⁽²⁾ Die Ergebnisse der FfD-Konferenz vom 18.-22. März 2002 in der mexikanischen Atlantik-Hafenstadt Monterrey standen also schon vor Konferenzbeginn fest – ein Novum in der Geschichte der UN-Konferenzen.

Tabelle 1:

Öffentliche und private Entwicklungshilfe

Nettobetrag der finanziellen Gesamtleistungen der DAC-Mitgliedsländer* und multilateralen Institutionen an Entwicklungshilfe-Empfänger

	in Milliarden US-Dollar (jeweilige Preise)								in % des Gesamtbetrags							
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 (p)	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 (p)
I. Öffentl. Mittel zur Entwicklungsfinanzierung (ODF)	82,4	84,5	87,6	73,5	75,4	88,8	85,9	65,5	49,7	37,5	33,2	21,0	23,5	38,8	34,2	34,4
1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	55,5	59,6	59,1	55,8	47,9	50,1	52,1	49,5	33,5	26,4	22,4	15,9	14,9	21,9	20,8	26,0
davon: Bilateral	39,4	41,3	40,6	39,1	32,4	35,2	37,9	36,0	23,8	18,3	15,4	11,2	10,1	15,4	15,1	18,9
Multilateral	16,1	18,3	18,4	16,7	15,4	14,9	14,2	13,5	9,7	8,1	7,0	4,8	4,8	6,5	5,7	7,1
2. Öffentliche Hilfe (OA)	6,0	6,9	8,4	5,6	5,6	7,0	7,8	7,8	3,6	3,0	3,2	1,6	1,8	3,1	3,1	4,1
davon: Bilateral	5,2	5,5	7,1	4,0	4,0	4,5	4,9	4,9	3,1	2,5	2,7	1,2	1,3	2,0	1,9	2,6
Multilateral	0,7	1,3	1,3	1,5	1,6	2,5	2,9	2,9	0,4	0,6	0,5	0,4	0,5	1,1	1,2	1,5
3. Sonstige ODF	21,0	18,1	20,1	12,2	22,0	31,7	26,1	8,2	12,7	8,0	7,6	3,5	6,9	13,8	10,4	4,3
davon: Bilateral	11,4	12,2	14,0	5,7	5,9	12,8	10,4	-1,4	6,9	5,4	5,3	1,6	1,9	5,6	4,1	-0,7
Multilateral	9,6	5,8	6,1	6,5	16,0	18,9	15,6	9,7	5,8	2,6	2,3	1,8	5,0	8,2	6,2	5,1
II. Exportkredite insgesamt	-3,0	6,3	5,6	4,0	4,8	8,3	4,0	7,7	-1,8	2,8	2,1	1,1	1,5	3,6	1,6	4,0
III. Private Leistungen	86,3	134,7	170,7	272,8	240,2	131,8	161,1	117,0	52,1	59,7	64,7	77,9	75,0	57,6	64,2	61,5
1. Direktinvestment (DAC)	41,6	52,1	59,6	68,9	102,3	119,8	145,6	119,5	25,1	23,1	22,6	19,7	31,9	52,3	58,0	62,8
davon: an Offshore-Bankplätze	9,4	10,8	6,3	16,7	19,1	20,3	37,9	29,8	5,7	4,8	2,4	4,8	6,0	8,9	15,1	15,7
2. Internationaler Bankensektor (a)	4,8	32,1	76,9	86,0	12,0	-76,3	-79,6	-36,0	2,9	14,2	29,1	24,6	3,7	-33,3	-31,7	-18,9
3. Anleihen insgesamt	28,7	32,0	24,7	78,5	83,7	34,2	28,8	18,9	17,3	14,2	9,4	22,4	26,1	14,9	11,5	9,9
4. Sonst. Kapitalverkehr (einschl. Wertpapierinvestitionen) (b)	5,5	12,5	3,5	33,8	37,0	48,4	59,5	7,8	3,3	5,5	1,3	9,7	11,5	21,2	23,7	4,1
5. Zuschüsse von Nichtregierungsorganisationen	5,7	6,0	6,0	5,6	5,2	5,6	6,7	6,9	3,4	2,7	2,3	1,6	1,6	2,4	2,7	3,6
Gesamtbetrag der Leistungen (I+II+III)	165,7	225,5	263,8	350,3	320,4	229,0	251,0	190,3	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich (nicht berücksichtigt)																
Nettoanspruchnahme von IWF-Krediten (c)	3,3	0,6	15,6	0,3	14,4	18,8	-12,8	-10,6								
Geber, die keine DAC-Mitglieder sind (ODA/OA)	1,3	1,0	0,8	0,9	1,0	0,9	0,8	1,0								
Zum Vergleich																
Gesamte Netto-ODA (d)	56,5	59,2	58,9	55,6	48,5	52,1	56,4	53,7								
davon: Bilaterale Zuschüsse	33,4	35,2	36,2	36,5	31,3	32,5	33,9	33,0								

a) Ohne Anleihen der Banken (Posten III.3) und ohne die unter II weiter oben erfassten verbürgten Finanzkredite

b) Lückenhafte Meldungen mehrerer DAC-Länder (darunter: Frankreich, Vereinigtes Königreich und USA)

c) Kapital zu nicht vergünstigten Bedingungen aus den IWF-Mitteln für kurzzeitige Zahlungsbilanz-Finanzierungen (General Resources Account – GRA)

d) Umfasst die bilaterale ODA plus Beiträge an multilaterale Organisationen anstelle der ODA-Auszahlungen von multilateralen Organisationen, wie oben angegeben

Aus: OECD/DAC 2002 Development Cooperation Report, Paris 2002

* Entwicklungsausschuss (Development Assistance Committee – DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Die Konferenzthemen

Das „Final Outcome“ der Konferenz gliedert ihre Thematik in sechs große Fragenkomplexe:

1. Die Mobilisierung der eigenen Ressourcen der Entwicklungsländer für Entwicklung
2. Die Mobilisierung internationaler Ressourcen für Entwicklung: Ausländische Direktinvestitionen und andere private Zuflüsse
3. Internationaler Handel als Motor der Entwicklung
4. Wachsende internationale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)
5. Nachhaltige Schuldenfinanzierung und externer Schuldenerlass
6. Systemische Probleme: Erhöhung der Konsistenz und Widerspruchsfreiheit des internationalen monetären, finanziellen und Handelssystems zugunsten von Entwicklung.

● **Zu 1., eigene Ressourcen der Entwicklungsländer:** Um angesichts nicht eingehaltener Versprechen hinsichtlich des 0,7-Prozentziels nicht auf der Anklagebank zu sitzen, legten die OECD-Länder besonderen Wert darauf, dass die Aufbringung eigener Ressourcen der Entwicklungsländer an erster Stelle steht. Als „kritische Herausforderung“ werden die „internen Rahmenbedingungen für die Mobilisierung genügend heimischer Ersparnisse“ herausgestellt, „um ausreichende Niveaus von Investitionen in produktive und menschliche Kapazitäten zu gewährleisten.“ Als interne Rahmenbedingungen wird der gesamte Katalog von guter Wirtschaftspolitik und guter Regierungsführung (good governance) aufgezählt, von soliden makroökonomischen Politiken, wie sie aus den Strukturanpassungsprogrammen der zweiten Generation, also einschließlich sozialer Netze, bekannt sind, bis zu solchen Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung wie „Freiheit, Frieden und Sicherheit, Einhaltung der Menschenrechte und der Herrschaft des Rechts, markt-orientierte Politiken und ein allgemeines Bekenntnis zu gerechten Gesellschaften.“

Es werden auch Maßnahmen zugunsten der Privatinitiative propagiert. Aber dem kapitalistischen Credo von Terry Miller wird doch entgegen gehalten: „Wir erkennen an, dass der spezifische Mix zwischen markt-orientierten Politiken und Staatsintervention von Land zu Land entsprechend der jeweils besonderen Bedingungen variiert.“

Bemerkenswert ist, dass dem Kampf der Korruption Priorität zuerkannt wird und dass Verhandlungen über eine umfassende UN-Konvention gegen die Korruption beschlossen wurden.

Auch die Bedeutung der Überweisungen von Migranten in ihre Herkunftsländer wird gesehen und die Notwendigkeit, diese dabei zu unterstützen, die Entwicklungsrelevanz ihrer Investitionen zu erhöhen.

● **Zu 2., ausländische Direktinvestitionen:** Beim Thema „internationale Ressourcen“ werden die Vorzüge der ausländischen Direktinvestitionen gegenüber den kurzfristigen Anlagen (Portfolio-Investitionen) hervorgehoben. Auch hier sollen die Entwicklungsländer notwendige Voraussetzungen schaffen: ein zuverlässiges Investitionsklima, eingebettet in solide makroökonomische Politiken und Institutionen, die profitable Geschäfte mit einem „Maximum an Entwicklungswirkung“ ermöglichen.

Hinsichtlich Sozial- und Umweltstandards von Investitionen beschränkt sich das Dokument auf Appelle an die „good corporate citizenship“ der Unternehmen. Zur Stabilisierung der privaten Zuflüsse („private flows“) bewegen sich die allgemein gehaltenen Vorschläge im Rahmen des Berichts des „Financial Stability Forums“ (FSF) vom Mai 2001, der sich im Kern mit der Forderung begnügt, mehr Transparenz in Spekulationsgelder zu bringen, insbesondere in die sogenannten „Hedge Fonds“, die kurzfristig gebildet werden, um die Abwertung von Währungen zu erzwingen, wodurch Finanzkrisen oft in wirtschaftliche Rezessionen eskalieren.

● **Zu 3., internationaler Handel:** Obgleich die 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im November 2001 in Doha (Katar) eine neue Handelsrunde beschlossen hat, die sich auch einer „Entwicklungsagenda“ zuwenden soll, nimmt die Rolle des Handels als Entwicklungsmotor und zur Mobilisierung von Finanzressourcen für die Entwicklung einen prominenten Rang im Abschlussdokument der Konferenz ein. In allgemeinen Worten wird auch hier die Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten und von arbeitsintensiven Industriegütern wie insbesondere Textilien und Kleidung sowie die Beseitigung von Subventionen und anderen den Handel störenden Maßnahmen verlangt.

Angesichts des Verfalls der Rohstoffpreise wird die Wiederbelebung der Kompensationsfazilität des IWF („Compensatory Financing Facility“) begrüßt.

Die heißen Eisen der Doha-Handelsrunde (Investitionsschutz durch die WTO als Ersatz des gescheiterten Multilateralen Investitionsschutzabkommens – MAI – der OECD, Wettbewerb, öffentliche Aufträge und technische Handelshemmnisse) greift das Outcome-Dokument nicht auf.

● **Zu 4., öffentliche Entwicklungszusammenarbeit:** Nachdem alle Finanzquellen außerhalb der öffentlichen Entwicklungsförderung (ODA) abgehandelt sind, folgt schließlich ein Abschnitt zu ODA. Auch hier wird zuerst die Bedeutung guter nationaler Politiken betont, damit Entwicklungstransfers erfolgreich sein können.

Um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen, wird eine Verdoppelung der derzeitigen ODA für notwendig gehalten. Gleichzeitig wird aber erneut an dem 0,7-Prozentziel festgehalten und an der Absicht, 0,15 bis zwei Prozent des BSP den ärmsten Ländern (LDC) zur Verfügung zu stellen.

Der UN-Generalsekretär wird aufgefordert, eine globale Informations- und Lobby-Kampagne zugunsten der Millennium-Ziele durchzuführen. Dabei soll auf die Notwendigkeit von mehr öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) aufmerksam gemacht werden. Ursprünglich wollten die Entwicklungsländer eine globale Kampagne zum 0,7-Prozentziel.

Um die Entwicklungszusammenarbeit wirksamer zu machen, wird empfohlen:

- eine Harmonisierung der Durchführungsansätze und Verfahren
- die Lieferaufbindung (besonders wichtig bei der Agrar- und Technischen Hilfe) und der Wechsel von Projekt- zu Programmhilfe.
- mehr Zuschüsse
- größere Beteiligung der „Nehmerseite“
- Förderung der Süd-Süd-Kooperation bzw. triangulärer Entwicklungszusammenarbeit.

Zur Finanzierung der globalen öffentlichen Güter („Global Public Goods“) empfiehlt der Facilitator ein zweigleisiges Berechnungsverfahren, das gewährleistet, dass Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit nicht zugunsten der Finanzierung globaler öffentlicher Güter weiter reduziert werden.

In allgemeiner Form wird der „Wert“ anerkannt, „innovative Quellen für multilaterale Finanzen zu erkunden“, als „Ergänzung für bestehende Öffentliche Entwicklungshilfe, Humanitäre Hilfe und Finanzierung von Globalen Öffentlichen Gütern.“

● **Zu 5., Schuldenfinanzierung und Schuldenerlass:** Die Finanzierung von Schulden wird zur einer „wichtigen Option für die Mobilisierung von Ressourcen für öffentliche und private Investitionen“ erklärt. Das heißt, dass der Erlass von Schulden z.B. bei multilateralen Banken (Weltbank) wie bei der Schuldeninitiative für die hochverschuldeten ärmsten Länder (HIPC) aus solchen Mitteln finanziert werden soll.

Mit Blick auf eine mögliche Verstärkung der HIPC-Initiative werden zwei Kriterien genannt, zum Einen sollen tragfähige Schulden („debt sustainability“) erreicht werden, die es einem Schuldnerland ermöglichen, die notwendigen Gelder aufzubringen, um die Millennium-Entwicklungsziele (insbesondere Halbierung des Anteils der extrem Armen an der Bevölkerung) zu erreichen. Zum Zweiten soll jedes neue Arrangement nicht zu Lasten anderer Entwicklungsländer gehen.

● **Zu 6., Überwindung von Hemmnissen im internationalen Finanzsystem:** In diesem Abschnitt werden meist in allgemeiner Form Teilaspekte von „Global Governance“ (Weltinnenpolitik) behandelt.

- Zum Thema Reform der internationalen Finanzarchitektur wird auf die in Gang befindlichen Bemühungen verwiesen.
- Mit Befriedigung wird festgestellt, dass nach dem 11. September 2001 die koordinierte Aktion der führenden monetären Institutionen erfolgreich war.

- Der Bedarf des IWF an Ressourcen und darunter auch zeitweilig herausgegebenen Sonderziehungsrechten zur Krisenfinanzierung und zur Krisenprävention („contingency facility“) wird betont. Gleichzeitig wird auch die „stabilisierende Rolle“ regionaler und sub-regionaler Reservefonds anerkannt.
- Begrüßt wird die Prüfung eines Ansatzes zur Lösung von Überschuldungsproblemen, der sich an nationalen Konkurs-Verfahren orientiert und kürzlich vom IWF vorgeschlagen worden sei.
- Dem Kampf gegen die Geldwäsche und der Finanzierung von Terrorismus wird höchste Priorität zugemessen.
- Der Begriff „gute Regierungsführung“ („good governance“) wird auch für die internationale Ebene verwendet. Dabei wird die Bedeutung der Zivilgesellschaft und der Geschäftswelt („business sector“) hervorgehoben. Eine bessere Einbeziehung der Entwicklungsländer in Entscheidungsprozesse wird vor allem beim IWF, der WTO, bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel und dem dort angesiedelten „Financial Stability Forum“ für notwendig erachtet.
- Um einige „Lücken“ bei der globalen Wirtschaftspolitik (global economic governance) zu schließen, sollen
 - die WTO den Entwicklungsländern Technische Hilfe leisten,
 - die ILO gestärkt werden, anerkannte Standards umzusetzen,
 - nationale Steuerbehörden zusammenarbeiten,
 - die UN-Regionalorganisationen und regionalen Entwicklungsbanken Politikdialoge zur Überprüfung wirtschaftspolitischer Leistungen („Peer Reviews“) fördern.– Die Vereinten Nationen und ihre Organe, insbesondere der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) sollen gestärkt werden.
- Schließlich soll 2005 ein Entwicklungsdialog auf hoher Ebene in der UN-Vollversammlung die mit der Konferenz in Monterrey begonnen holistischen Konsultation über die Entwicklungsfinanzierung fortsetzen.

Bewertung

Gemessen an den Vorschlägen und Forderungen vor allem von NROs und aus Entwicklungsländern ist das Outcome-Dokument der FfD-Konferenz schwach. Es führt – zumindest unmittelbar – nicht zu mehr Finanzmitteln für die Entwicklungszusammenarbeit und für die „Globalen Öffentlichen Güter“. Und es werden keine neuen Institutionen wie insbesondere der „Global Council“ und die Internationale Steuerorganisation (ITO) sowie Verfahren für eine Reform der internationalen Finanzarchitektur und für die Stärkung der „Global Governance“ bestimmt.

Zu weiteren unberücksichtigten NRO-Forderungen gehören:

- fehlende Auflagen zur Erhöhung der Entwicklungsverträglichkeit von Privatinvestitionen, Sozial- und Umweltstandards auch für Offshore-Zentren;
- wiederholter und deshalb bedeutungsloser Appell zur Stärkung des ECOSOC;
- im Bereich Handel: völlige Zoll- und Quotenfreiheit für Länder mit geringem Einkommen und geographisch benachteiligte Gebiete (Kleine Insel- und landumschlossene Entwicklungsländer), mehr Schutzrechte für schwächere Volkswirtschaften, Anpassung des TRIPS-Abkommens an die internationalen ökologischen Konventionen (z.B. Biodiversität); Rohstoffexporterlösstabilisierung über die „Kompensatorische Finanzierungs-Fazilität“ beim IWF hinaus; zoll- und quotenfreier Zugang von Produkten aus dem Fairen Handel zu allen Märkten;
- nicht nur quantitative Erhöhung der ODA auf 0,7 Prozent des Sozialprodukts und 0,15 - 0,2 Prozent für die LDC sowie Verbesserung ihrer administrativen Effizienz, sondern auch inhaltliche Verbesserung d.h. Orientierung an den Millennium-Entwicklungszielen;
- umfassende Prüfung innovativer Quellen der Entwicklungsfinanzierung wie: Devisenumsatzsteuer oder Steuern auf die Nutzung der globalen Gemeinschaftsgüter („Global commons“), insbesondere Atmosphäre und Weltmeere.

Beachtliche Fortschritte

Dennoch werten NGOs das Dokument als einen beachtlichen Fortschritt, wenn man es mit dem bisherigen Stand der internationalen Diskussion und konkreter Aktionen vergleicht – insbesondere mit den fundamentalistischen „Kapitalismus pur“-Positionen der Bush-Regierung.

Zu den positiven Elementen zählt beispielsweise die in Weltwirtschaftsfragen erfahrene deutsche Nichtregierungsorganisation „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung“ (WEED) ⁽³⁾:

- die Anerkennung der Notwendigkeit der stärkeren Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche sowie der Rückführung von Fluchtgeldern mit dem Ziel einer Antikorruptionskonvention;
- die vorgeschlagene Zusammenarbeit von Steuerbehörden(möglicherweise von den Vereinten Nationen koordiniert);
- als „unter den jetzigen Bedingungen relativ sinnvolle Idee“ zum Austrocknen von Steuerparadiesen und des Stopps des Steuerwettlaufs nach unten mit der Folge der weltweiten Erosion öffentlicher Finanzen und Sektoren;
- die angestrebte Verdoppelung der öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) zur Verwirklichung der Millennium-Ziele;

- die Anwendung der Millennium-Ziele als neue Tragfähigkeitsindikatoren für neue Entscheidungsmaßnahmen. Damit würde die bisherige Orientierung der Schuldenansätze an der Fähigkeit zum Schuldendienst zugunsten der Orientierung an sozialen Entwicklungszielen geändert;
- die Befürwortung der Prüfung eines internationalen Insolvenzrechts, wie es zuerst der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Kunibert Raffer gefordert hat;
- das „follow up“ der Konferenz in Form eines hochrangigen Forums im Rahmen der UN-Generalversammlung.

Trotz dieser Fortschritte auf dem Papier ist fraglich, ob sie jemals Realität werden.

Fußnoten

⁽¹⁾ Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Internationale Entwicklungsfinanzierung – Vorbereitungen für die VN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey, Mexiko, 2002, (vielfältiger Bericht eines Fachgesprächs vom 13.12.2001, 38 Seiten) Berlin, Januar 2002, S. 15

⁽²⁾ ebd.

⁽³⁾ a.a.O. S. 11ff

Informationsquellen

- Alle wichtigen Konferenzdokumente (Bericht es Generalsekretärs, Zedillo-Bericht, Abschlussdokumente) sind über die Website <http://www.un.org/esa/ffd> zu erhalten
- www.unctad.org; www.undp.org; www.worldbank.org; www.imf.org und www.oecd.org sind wichtige weitere Informationsquellen multilateraler Institutionen
- Positionen des Südens sind auf den Websites www.southcentre.org und des Third World Networks: www.twinside.org.sg
- Positionen der NROs über: www.globalpolicy.org; www.attac.org; www.jubilee2000.de; www.share-online.de/Finanzmaerkte; www.oneworldweb.de und www.weedbonn.org
- Das Institute for Sustainable Development in Kanada (<http://www.iisd.ca>) und das Institute of Development Studies der Universität Sussex (<http://www.ids.ac.uk/ids/global/indes.html>) befassen sich besonders mit der Entwicklungsfinanzierung und der UN-Konferenz.

Stand: 2002

Text: Dr. Konrad Melchers

Redaktion: Ulrich Keller